

"Heimathalle" und ein Denkmal für engagierte Bürger davor

Ein Vorschlag zur Diskussion

Nehmen wir an, es gäbe am Wohnort der Leserin, des Lesers die Absicht der politisch Verantwortlichen, den neuen Theaterbau „Heimathalle“ zu nennen. Nehmen wir außerdem an, eine Bürgerinitiative forderte, ein Denkmal für Ehrenamtliche zu errichten. Zu beiden Plänen sollen die Bürger befragt werden. Würden Sie mit „Ja“ oder „Nein“ stimmen? Vielleicht wären Sie ja auch für das eine und gegen das andere Projekt.

Beim ersten Nachdenken erscheint der Begriff „Ehrenamt“ ein bisschen verstaubt, aber ehrenwert. Die Bezeichnungen „Freiwilligenarbeit“ und der von der wegweisenden Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages präferierte Begriff „Bürgerschaftliches Engagement“ sind vielen Menschen und Institutionen mittlerweile deutlich lieber. Freiwillig, nicht auf materiellen Gewinn ausgerichtet, mit positivem Effekt für Dritte, im öffentlichen Raum stattfindend – das sind von der Kommission herausgearbeitete Charakteristika bürgerschaftlichen Engagements, das in der Regel gemeinschaftlich bzw. kooperativ ausgeübt und an der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und am Gemeinwohl orientiert sein soll. Zu diesem Engagement gibt es verschiedene empirische Erhebungen. Den Goldstandard liefert seit 1999 der im Abstand von fünf Jahren durchgeführte, vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) finanzierte Freiwilligensurvey. Das Engagement ist demnach im Umfang über die Jahre stabil geblieben, die Zahl der Engagierten hat sich aber erhöht, insbesondere in den oberen Altersklassen. Lange galt die Ein-Drittel-Faustregel: ein Drittel ist engagiert, ein Drittel nicht, ein Drittel steht in Wartestellung. Insgesamt und besonders beim mittleren Drittel ist zu bedenken, dass die Zuordnung durch Selbsteinschätzung entsteht. Allerdings hat die Hilfsbereitschaft gegenüber Flüchtlingen seit 2015 bewiesen, dass die „Reservisten“ doch in erheblichem Umfang in besonderen gesellschaftlichen Situationen einspringen. Erste empirische Untersuchungen gehen von 23 Prozent Neulingen in der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit aus. Ob die neu Engagierten aktiv bleiben, wünschenswerterweise auch in anderen Engagementfeldern, lässt sich zurzeit nicht absehen. Der letzte Freiwilligensurvey von 2016, der noch ohne das Flüchtlingsengagement erfasst wurde, stellt eine Steigerung gegenüber den Vorläufern auf nun 43,6 Prozent der Wohnbevölkerung ab 14 Jahre, das wären 30,9 Millionen Menschen, fest. Allerdings weisen Kenner wie Roland Roth unter dem prägnanten Titel „Gewinnwarnung“ auf die, wie er es nennt, „wundersame Engagementvermehrung des Freiwilligensurveys 2014“ hin, was mit einem Wechsel des Erhebungsinstituts und der Erhebungsmethoden zusammenhängen könnte. Wie auch immer: Das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland ist quantitativ beträchtlich und unbestritten gesellschaftlich

relevant, es verdient ein Denkmal. Aber halt, ein Denkmal ist ein Denk-Mal.

Ist bürgerschaftliches Engagement in jedem Fall demokratiefördernd? Hier öffnet sich die Tür zur Debatte um die helle und dunkle Seite der Zivilgesellschaft. Der Scheinwerfer richtet sich auf PEGIDA und ähnliche Aktivitäten. Die Debatte muss hier nicht entfaltet werden, klar ist: Was hier hell und dunkel ist, ist höchst umstritten. Die schnell abgenickte Formulierung „Stärkung des gemeinschaftlichen Zusammenhalts“ kommt unter dem Brennglas „Open Society“ in die Überprüfung. Mahatma Gandhis berühmter Satz „Our ability to reach unity in diversity will be the beauty and the test of our civilisation“, zu deutsch: „Unsere Fähigkeit, Einheit in Vielfalt zu erreichen, wird die Schönheit und der Test unserer Gesellschaft sein“, ist auch hierzulande herausfordernd. Das Zwischenfazit lautet: Ja, ein Denkmal des bürgerschaftlichen Engagements sollte geschaffen werden, aber mit dem Gandhi-Satz als Subtitel der Inschrift.

Und die „Heimathalle“? Nachdem jahrelang Intellektuelle über alles, was mit Heimat verknüpft war, ihre ausgrenzenden, ja verachtenden Sprüche vom Stapel ließen, um als Kosmopoliten, die sie zumeist nicht waren, dazustehen, ist nun Nachdenken angesagt. Heimat ist salonfähig geworden. Es dämmert, dass in diesem emotional besetzten Allwort Wichtiges zusammenströmt, das um „Wo und wie ich mich wohlfühle“ kreist. Auch hier gibt es eine dunkle, vergiftete Seite. Aber Heimat in der fragwürdigen Wagenburg-Füllung politischen Gruppierungen zu überlassen, die aus der vermeintlichen Bedrohung heimatlicher Gefühle durch das Fremde politischen Gewinn ziehen, das soll nicht sein. Aber was ist Heimat progressiv gedacht? Eine Empfehlung lautet, Heimat in den Plural zu versetzen – „Es gibt nicht nur eine Heimat“ – und im Sinne einer offenen Gesellschaft zu öffnen, freilich unter Anerkennung der nur schrittweise möglichen Veränderung. Heimat ist wie ein Stuhlkreis mit einigen freien Stühlen und der Absicht, offen zu sein für Menschen, die nachrücken. Das Ringen um Heimat ist demnach ein Prozess zwischen Be- und Entheimatung, an dem jede und jeder seinen Anteil hat. Der Gandhi-Satz würde auch als Plakette an der „Heimathalle“ gut passen.

Der abschließende Vorschlag lautet: „Heimathalle“? Ja, bitte. Und in Verbindungsnähe sollte das Denkmal für das bürgerschaftliche Engagement aufgestellt werden, um den Zusammenhang zu symbolisieren. Denn Engagement, richtig angelegt, fördert Beziehungen zwischen dem, der gibt, und dem, der nimmt. Solche Beziehungen können mehr sein als ein freundlicher Gruß oder das kleine Gespräch unter Fremden, so wichtig die sind. Wie der Vorsitzende des Passauer Heimatvereins unlängst formulierte: „Heimat ist dort, wo die Menschen miteinander reden.“ Aus Beziehungen, die auf Engagement gründen, kann Vertrauen erwachsen, und ein festes Maß an Vertrauen gibt dem Vertrauten eine Zukunftsperspektive. So betrachtet ist bürgerschaftliches Engagement das Rückgrat eines

Heimat

Henning von Vieregge - 25. Januar 2019

neuen, am Unterschied festhaltenden „Wir-Gefühls“, das getrost Heimatgefühl genannt werden kann.

Dieser Text ist zuerst erschienen in Politik & Kultur 01-02/2019.

Copyright: Alle Rechte bei Deutscher Kulturrat